© Wolfgang Filser / mauritius images

Studie belegt

Praxisgebühr hat Patientenverhalten beeinflusst

Die Praxisgebühr, die Patienten zwischen 2004 und 2012 beim Arzt oder in Notaufnahmen zahlen mussten, hatte deutliche Auswirkungen auf das Patientenverhalten. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung (Zi). Die Studienergebnisse zeigen, dass die Fallzahl der Behandlungen in Hausarztpraxen in den ersten zwei Jahren nach Einführung der Praxisgebühr sank. Doch die Patienten ließen sich der Studie zufolge nicht lange von der Gebühr abschrecken. Bereits ab 2006 stiegen die Fallzahlen wieder sogar über das Ausgangsniveau.

Deutlichen Effekt zeigte die Praxisgebühr bei der Erstinanspruchnahme von Fachärzten. Mit der Einführung der Gebühr sank der Anteil an Originalfällen deutlich. Das heißt, dass ab 2004 mehr Menschen beim Facharzt eine Überweisung anstatt lediglich die Krankenversichertenkarte vorlegten als noch vor der Einführung der Gebühr. Nach Zi-Angaben fiel die Mehrheit der Patienten nach der Abschaffung der Praxisgebühr wieder in das alte Muster zurück und wählte den direkten Weg zum Facharzt. Das Zi begründet das Ergebnis damit, dass die Hemmschwelle der Überweisung gefallen sei. Weiterhin zeigte sich der Effekt des Wegfalls der Praxisgebühr vor allem in den Notfallbehandlungsfallzahlen in Krankenhausambulanzen. „Die Notfallaufnahmen von Krankenhäusern wurden mit der wiedererlangten Gebührenfreiheit erkennbar beliebter – ein Trend, der sich seitdem verstärkt“, resümieren die Studienautoren.

Als Datenbasis verwendeten die Zi-Wissenschaftler das Arzt-Patienten-Panel zur Morbiditätsanalyse „Zi-ADT-Panel“ mit der Zufallstichprobe der Patienten von Praxen aus 13 Fachgruppen in den Kassenärztlichen Vereinigungen in Brandenburg und Nordrhein. *cas*

Gesetzliche Krankenversicherung

Beitragsschulden der Selbstständigen wachsen

Die gesetzlich Versicherten haben im vergangenen Jahr immer mehr Schulden bei den Kassen gemacht. Wie die „Ärzte Zeitung“ auf Nachfrage beim Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) erfahren hat, knackten die Beitragsschulden der Versicherten Ende 2016 die Sechs-Milliarden-Euro-Marke. Das waren 1,5 Milliarden Euro mehr als noch zum Jahresbeginn. Im Vergleich dazu lagen die Rückstände 2011 lediglich bei einer Milliarde Euro.

Der GKV-Spitzenverband erklärt die steigende Schuldenlast mit der finanziell instabilen Lage der freiwillig versicherten Selbstständigen. Wie die Berliner Tageszeitung „Der Tagesspiegel“ im Februar berichtete, werde den gesetzlich versicherten Selbstständigen zur Beitragsberechnung ein Mindesteinkommen unterstellt, das sie oftmals nicht erreichten. Folglich könnte ein Großteil die geforderten Beiträge nicht mehr stemmen.

Mit Blick auf die neuesten Zahlen forderte der GKV-Spitzenverband erneut, dass der Staat für die Rückstände aufkommt. „Da es eine staatliche Versicherungspflicht gibt, wäre eine staatliche Finanzierung der dadurch entstehenden Beitragsausfälle bei den Kassen angemessen“, erklärte der Sprecher des GKV-Spitzenverbandes, Florian Lanz, gegenüber dem „Tagesspiegel“. Der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach wies diese Forderung umgehend zurück. Aus seiner Sicht unternehmen die Kassen zu wenig, um die Schulden selbst von den Versicherten zurückzuholen.

Auch die Bundesländer schalteten sich in die Diskussion ein. Thüringen, Berlin und Brandenburg brachten Mitte Februar im Bundesrat einen Antrag ein, in dem sie die Bundesregierung dazu aufforderten, sich mit der Lage der Solo-Selbstständigen in der GKV auseinanderzusetzen. Zudem riefen sie die Regierung dazu auf, konkrete Konzepte zur Beitragsentlastung der Selbstständigen vorzulegen. *cas*

© Coloures-Pic / Fotolia